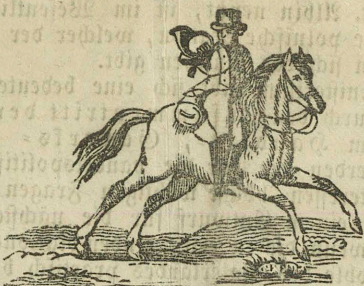


Der Abonnementspreis der Frankfurter Oberpostamts-Zeitung beträgt vierteljährlich: 1) in dem Postbezirk von Frankfurt fl. 2. 30 fr. — 2) in dem Königreich Württemberg, den Hohenzollern'schen Fürstenthümern und dem Canton Schaffhausen fl. 2. 45 fr. — 3) in Wimpfen fl. 2. 38 fr. und 4) in den übrigen Ländern des Fürstlich Thurn und Taxis'schen Verwaltungsbereichs fl. 2. 30 fr. — Alle Postämter des In- und Auslandes nehmen Bestellungen an; für Frankreich, England, Spanien, Portugal und die überseeischen Länder: G. A. Alexandre in Strassburg, Brandgasse Nr. 28. und derselbe in Paris, rue Notre-Dame de Nazareth Nr. 23. — Die Inseratgebühren betragen für die Zeile (1/4 Breite) mit Fettschrift oder deren Raum 8 fr.



Inserate für die Oberpostamts-Zeitung beliebe man an die Redaktion dieser Zeitung zu adressiren. Für Frankreich, England, Spanien, Portugal und die überseeischen Länder nimmt Inserate an: G. A. Alexandre in Strassburg, Brandgasse Nr. 28. und in Paris, rue Notre-Dame de Nazareth Nr. 23.; in Deutschland: 1) Dr. Hamerschmidt in Wien, Landstraße Nr. 386; 2) das Comptoir der Verlagsbuchhandlung von L. Weyl u. Comp. in Berlin, neue Friedrichstraße Nr. 78a.; 3) Hofcommissär G. Florey in Leipzig; 4) Oberpostsecretär Herrfeldt in Hamburg; 5) Oberpostsecretär Du Roy in Bremen.

# Frankfurter Oberpostamts-Zeitung.

## Inhalt

**Deutschland.** Frankfurt (Die Süddeutschen und die Oberhauptfrage. Erklärung des Herzogs v. Braunschweig für ein erbliches Oberhaupt Deutschlands. Der Herzog v. Nassau soll zu einer ähnlichen Erklärung geneigt sein. Camphausen zurückwartet. Commodore Parker. Wien (Nachrichten aus Ungarn). Kremfiter (Reichstagsverhandlungen). Prag (Die Ministerkrise. Belagerungszustände. Ein abenteuerlicher Angriffplan auf Benedig. Nationalgarbencongress. Hofnachrichten. Die Studenten. Von der ungarischen Krone (Ermordung des Prof. Bachmann in Schenitz durch magyarische Studenten). Von der galizischen Grenze (Galizien und die Bukowina in Belagerungszustand erklärt). Berlin (Eine neue Schrift. Gewerbliches. Handelsgerichte. Vermischtes). Aus den preussischen Provinzen (Wahlberichte). Posen (Generalversammlung der Liga polska). Breslau (Erklärung des Criminalsenats). Reichenbach (Verhaftung). Dresden (Eröffnung der Kammern. Thronrede des Königs). Hannover und Danabück (Landtagswahlen). Stuttgart (Zur Feier der Grundrechte. Der König im Theater). Mannheim (Mord nach Weinheim abgeführt). Aus Schleswig-Holstein (Manifestationen gegen eine Sonderconferirung des Herzogthums Schleswig. Eine Ansicht des dänischen Kriegsministers (Scherning). Schleswig (Ein falsches Gerücht. Grundlovs Antrag und sein Schicksal). Kiel (Die Einberufung der Landesversammlung beschlossen). Schwerin (Vertheidigung der Grundrechte). Weimar (Civilistenangelegenheit. Die Grundrechte. Vermischtes aus den thüringer Landen). Altenburg und Detmold (Publicirung der Grundrechte des deutschen Volkes). Gera (Erklärung für Preußen in der Oberhauptfrage). Sigmaringen (Die Mediatisationsangelegenheit. Stimmung für einen habsburgischen Kaiser Deutschlands). Lübeck (Adresse in der Oberhauptfrage. Die Grundrechte).

**Galizien.** Lemberg (Bem und seine Insurgenten zurückgebrängt. Befolgen vor dem Einfall der Magyaren und dem Einmarsch der Russen).

**Italien.** (Nachrichten aus Neapel).

**Frankreich.** Paris (Kamartine's Entscheidung für Auflösung der Nationalversammlung. Fortdauernde Ungewissheit betrefis der Rüstungen. Antrag der Regierung die Waigefangenen den Rüssen zu entziehen. Die deutschen Demokraten).

**Spanien.** Madrid (Erklärung von Ganganzimmers in der Kammer). Borsenberichte.

## Deutschland.

\*\*\* Frankfurt, 19. Jan. Die Süddeutschen mögen sich doch jetzt in der letzten Stunde klar machen, was aus ihnen insbesondere wird, wenn die Oberhauptfrage nicht vollständig und auf die Dauer zu lösen ist durch einen kraftvollen Beschluß der Nationalversammlung, wenn nicht durch einen solchen Beschluß die Macht eintritt in unsere geschaffene Verfassungsform, und zwar die Macht, welche groß genug ist gegen innere und äußere Feinde, und welche ein wirkliches Interesse hat, die deutsche Sache wie ihre eigene zu vertreten. In welche Lage kommen denn die Süddeutschen, wenn hier etwas Mittelmäßiges, wenn irgend ein halbes Wesen beschlossen wird? Nun, die Oesterreicher ziehen sich in ihr Kaiserreich zurück und zucken die Achseln, und das neuerdings wieder erwachte Verlangen, die Hand darin zu behalten in deutscher Entwicklung, dies im Programm von Kremfiter endlich und freimüthig aufzugebene, in der späteren Erklärung wieder aufgenommene Verlangen entwickelt sich 1849 wiederum zum Segen Oesterreichs und zum Segen Deutschlands, wie es sich von 1815 bis 1848 ersichtlich für Jedermann entwickelt hat. Die guten Oesterreicher, welche für Freiheit schwärmen und gleichzeitig dafür sorgen helfen, daß der deutsche Bundesstaat wieder in Täuschung zerrinne! Dieser deutsche Bundesstaat allein garantirt ihnen die Freiheit. Dieses gewaltthame Hereindrängen Oesterreichs in den deutschen Staat, ohne daß Oesterreich auch nur im Mindesten aufhören will ein streng österreichischer Staat zu sein, führt zu nichts Anderem, als zu Metternich'schen Maximen. Metternich hat sie nicht erfunden, sie sind gegeben in der unnatürlichen doppelten Stellung: einen Staat mit so viel Millionen gemischter, hinter deutscher Kultur weit zurückstehender Bevölkerung zu regieren und gleichzeitig die Regierungsgrundsätze bestimmen zu helfen für die deutsche Nation. Dies Zusammenpannen der Rasse von verschiedenartigstem Temperament an ein und denselben Wagen ruiniert nicht nur ein Ross, es ruiniert auch das andere. Die riesenhaften und äußerst dankbaren Aufgaben Oesterreichs, welche es als großer Kaiserstaat zu erfüllen hat, sie bleiben wiederum liegen zur Freude des Russen, wie sie bisher liegen geblieben sind, wenn das österreichische Cabinet wiederum seine Kräfte auf die Tendenzpolitik, das heißt auf Deutschland richten muß. Es wird wieder in scheinbarem Gleichgewicht bleiben wollen, und Deutschland wird zu diesem Ende eine Errungenschaft nach der andern aus seiner Wagchale werfen müssen, kurz, das Jahr 1815, so reich an Aussichten, ist wieder da, und unsere Weisheit sorgt dafür, daß der Nichtweg in die zwanziger und dreißiger Jahre genau wieder so eingehalten werde. Wraffen, deren Consequenz unmöglich ist! Zu diesen Phrasen gehört dann das deutsche Parlament, die neue Errungenschaft. Wie weit wird denn Oesterreich davon Notiz nehmen? Wie weit kann es denn?

Frägt die Geschichte der provisorischen Centralgewalt. Und wer wird denn am meisten dabei leiden? Süddeutschland. Am ungestümsten will es vorwärts, am raschesten will es aus der Kleinstaaterei heraus, am nachdrücklichsten verlangt es eine deutsche Gesamtmacht. Ist das möglich, wenn der Bundesstaat und das einheitliche starke Oberhaupt wieder unmöglich gemacht wird? Der einfachste Verstand muß ja doch hierauf die Antwort zur Hand haben. Wie stellt sich denn die Lage Süddeutschlands zur Oberhauptfrage? Betrachten wir die Formen im Einzelnen. Vom Turnus wollen wir absehen. Dieses „Reihum“, wo jeder neue Pächter kein Interesse hat, die Pachtung für den Nachfolger zu schonen und zu conserviren, und wo das arme Vaterland nie zum Athem eines Systems, einer bestimmten Richtung käme, hat offenbar selbst bei all unserer Liebhaberei für Curioses die allgeringste Aussicht. Dagegen werfen sich die Bayern und — die Oesterreicher neuerdings mit aller Schwere auf ein Directorium. Viele von den Oesterreichern gestehen es naiv, daß ihnen ein Directorium gar nicht einfallen würde, und daß sie ein erbliches Oberhaupt unbedingt verlangen würden, wenn der Kaiser von Oesterreich Aussicht hätte auf diese Würde. Der landsmannschaftliche Standpunkt ist denn bereits unumwunden; dieselben unumwundenen landsmannschaftlichen Helben höhnen aber fröhlichen Gewissens den Dichter Arndt, wenn sich dieser schweren Herzens gegen sein Lied entschließen muß zu einer Abschließung des Bundesstaates ohne Oesterreich. Oder stimmen die Bayern vielleicht für ein Directorium des Directoriums wegen? Ach nein. Bayerns wegen büßten sie an dem Directorium so lange, bis es halbwegs sauber aussäut. Die Geschichte Deutschlands wird deshalb die Namen derjenigen Bayern, welche, wie Stahl und Barth, so nachdrücklich gesprochen haben, mit Auszeichnung genannt Directorium, gegen welche am Wendepunkte Probe hielten gegen deutsche Landsmannschaft und für deutsche Einheit. Herr Welcker hat zwar heute gesagt, das Directorium sei kein verjüngter Bundestag, aber was hat denn Herr Welcker heute nicht gesagt? Natürlich sollen Volkshaus und Staatenhaus dafür sorgen, daß kein Bundestag entstehe. Wenn nur Herr Welcker auch dafür sorgte, daß Volks- und Staatenhaus von Oesterreich und Preußen respectirt würden. Sprechen wir nur von Preußen und der preussischen Nationalversammlung. Welch ein Interesse soll dieser Staat, der bereits eine europäische Großmacht ist, wohl haben, in Gemeinschaft mit zwei oder vier Directoren sich und seine ausgebildete Landesvertretung von Frankfurt aus befeligen zu lassen? Sind wir nun einmal bei so schreiender Particularverlangnis angekommen, und ist diese also so natürlich begründet, was sichert uns denn, daß Preußen allein hingebend sein werde? Und wollte es selbst die Regierung, haben wir denn die Gelüste der Berliner Versammlung schon vergessen? Ist es irgend einem nüchternen Politiker zweifelhaft, wie sich diese Versammlung zum deutschen Parlament stellen würde? Und dies wäre dann das süddeutsche Parlament, in welchem es reden und verlangen würde ohne irgend einen Erfolg. Dies wäre Süddeutschlands Lage mit einem Directorium an der Spitze des deutschen Bundesstaates; vorausgesetzt nämlich, was eben nur guter Glaube voraussetzen kann, daß eine Großmacht oder gar, wie man ja möchte, zwei Großmächte die Verfassung anerkennen würden. Wenn letzteres nicht geschähe, dann hätte Süddeutschland politisch mit den Grundbesitzern sich zu begnügen und staatlich in Statu quo zu verbleiben. Oesterreich und Preußen würden es abwarten. — Dies das Directorium und dies die Lehre, wenn man erstens in eiller Gefühlspolitik zwei Großmächte in seine Arme schließen, und zweitens jedenfalls die eine Großmacht behandeln möchte, wie jede andere Macht dritten und vierten Ranges. Es ist hiermit keinerlei Etikette gemeint, keineswegs, nur die natürliche Schwere. Ein Centnergewicht bewegt sich eben nicht so leicht. Die Lehre sagt: entweder zwei Großmächte und dann kein Deutschland, man mag die Form drehen und wenden wie man will; oder eine Großmacht und dann diese als erbliches Oberhaupt. Dann nur ist die Verfassung möglich, weil nur dann die Großmacht Veranlassung hat, in Deutschland aufzugehen, und dann nur kommt Süddeutschland zu der Ehre und Macht, welche es mit vollem Rechte anzusprechen hat. Denn alsdann entsteht der Großstaat Deutschland auf organischem Wege, und auf solchem Wege, aber auch nur auf solchem, macht das in so viele Staaten zersplitterte Süddeutschland all seine Ansprüche auf die Gesamtheit geltend. Kommt es jetzt nicht dahin und wird durch unbedachte Parteilung die Oberhauptfrage verstümmelt, dann ist die Mühe und Sorge von so schweren drei Viertelsjahren verschwendet, und dann entscheiden andere Kräfte als die parlamentarischen. Fragen wir uns und antworten wir uns offenerzig in Süddeutschland, ob wir,

die staatlich zersplitterten, bei der Entscheidung durch andere Kräfte so viel Einfluß äußern könnten, als bei der parlamentarischen Einigung. Die Hand aufs Herz, sind unsere Vertreter auf der Linken wohl berathen, wenn sie auch bei der Frage um die concentrirte Macht Deutschlands für unmögliche Präsidenschaften oder für die mannigfaltigen Halbheiten der sechs Jahre, zwölf Jahre oder dergleichen, die Lebenslänglichkeit eingeschlossen, stimmen? Bei Freiheitsprincipien möchte ich Niemand beirren, aber ist hier außer bei der republikanischen Einheitsfrage irgend ein Princip vertreten? Gewiß nicht; sondern nur eine Zweckmäßigkeit, welche ihren Zweck zu verfehlen vollkommen geeignet ist. Der deutsche Bundesstaat wird nur eine Wahrheit, wenn ein Großstaat aufsteht in unserer gemeinschaftlichen Verfassung. Kann denn das Preußen, wenn sein Fürst auf eine Zeitlang an unsere Spitze gestellt wird? Kann es? Antwort: Nein. Das Hemd ist Jedem näher als der Rock, sagt unser Sprichwort. Wollen wir also was Ganzes, so entschließen wir uns denn auch zu dem einzigen Mittel, welches ein Ganzes zu Stande bringt. Noch haben wir es in der Hand, binnen einem Monat ein starker deutscher Bundesstaat zu sein, oder wiederum zu scheitern an unsern Eifersüchteleien, Sentimentalitäten und Halbheiten. Alle unsere Feinde sehn gespannt auf Frankfurt, alle unsere Landsleute mit Sorge und Pein, denn Sorge und Pein liegen hinter all' den Adressen, welche uns endlich zu einem ganzen Entschlusse drängen sollen.

\*\*\* Frankfurt, 19. Jan. Wir freuen uns, mittheilen zu können, daß wiederum ein deutscher Fürst großherzig das Seine gethan zur Herstellung der Einheit des Vaterlands. Das Reichsministerium hat heute nachstehendes Schreiben erhalten.

„Seine Majestät der Herzog von Braunschweig in der Seine Eigenschaft der Verhandlungen über die Umgestaltung des deutschen Bundes fortwährend der Ansicht gewesen, daß ebensowohl eine würdige und kraftvolle Vertretung der deutschen Nation nach Außen, um ihr den Platz unter den europäischen Staaten anzuweisen, den sie einzunehmen berufen und berechtigt ist, als auch eine den wahren Bedürfnissen Deutschlands entsprechende, neben der Selbstständigkeit der einzelnen Staaten zu bildende Einheit im Innern sich nur werde erreichen lassen, wenn ein erbliches Oberhaupt an die Spitze der Reichsregierung tritt. Diese Ansicht Sr. Hoh. des Herzogs, mit welcher sich bereits die Vertreter des Herzogthums einverstanden erklärt haben, bin ich ermächtigt, Ihnen, Herr Präsident, offen auszusprechen. Frankfurt, den 19. Januar 1849. Der Bevollmächtigte für Braunschweig bei der provisorischen Centralgewalt. (Gez.) Liebe. An den Herrn Präsidenten des Reichsministersraths, H. v. Gagern.“

RC Frankfurt, 19. Jan. Gestern ist Commadore Parker, ein erfahrener nordamerikanischer Seemann, hier eingetroffen, von dessen Thätigkeit man sich die glücklichsten Erfolge versprechen darf. Er wird wohl zunächst die von dem Reichsministerium bisher getroffenen Anstalten mit kundigem Auge prüfen und auf die Lücken hinweisen, die sich hier und da noch zeigen möchten. Hoffentlich sind die Vorbereitungen der Art, daß der ehrenwerthe Commadore darin die Veranlassung findet, im Falle der Noth die Anführung unserer jungen Flotte zu übernehmen, womit das Cabinet von Washington, wie wir versichern zu dürfen glauben, sich vollständig einverstanden erklären würde. So viel ist gewiß, daß Deutschlands Handel im Jahre 1849 nicht wieder so schuglos den dänischen Fregatten preisgegeben sein wird, daß das tapfere seegewohnte Volk der Küste, bisher nur der Fährer entbehrend, nichts mehr herbeiseht, als die Scharte des Sommers 1848 auszuweichen. Möge daher Dänemark die Friedensunterhandlungen nicht länger mit Hinblick auf ein mögliches Zerwürfniß Deutschlands hinhalten; es könnte sich täuschen in dieser stillen Hoffnung, und wird Deutschland, jeder unbilligen Forderung gegenüber, ganz gewiß geeinigt finden. — Aus glaubwürdiger Quelle geht uns so eben die Nachricht zu, daß auch der Herzog von Nassau geneigt ist, in derselben Weise, wie die Großherzöge von Baden und Darmstadt gethan, sich über die Oberhauptfrage auszusprechen. Unter diesen Umständen wird die Spannung täglich größer, mit der man der endlichen Erklärung des preussischen Cabinets entgegen sieht. — Hr. Camphausen wird noch heute aus Berlin zurück erwartet.

[.] Wien, 13. Jan. Komorn hat seine Thore noch nicht geöffnet, indem daselbst zwei Parteien einander gegenüberstehen, was eine ernste Katastrophe vorerst innerhalb seiner Mauern besorgen läßt. Ein Aehnliches scheint in noch höherem Grade in Leopoldstadt der Fall zu sein, und es dürfte die Abspannung aller Communication vorläufig die einzige von Seite der Kaiserlichen angeordnete Maßregel bleiben. — Die Ungarn haben zur Stunde noch bei-



nahe die Hälfte des Landes in ihrem Besitze und es weht die dreifarbigte Fahne noch auf 14 Punkten von Bedeutung, sowie denn ihre mobilen Streitkräfte immerhin zur Stunde einen Rest von 60,000 Mann betragen mögen. — Zur Erleichterung des Verkehrs ward von dem k. k. Militär- und Civilgouvernement zu Ofen die fernere Circulation der ungarischen Ein-Gulden-Banknoten gestattet. — Nachschrift. So eben trifft die Nachricht hier ein, daß starke Insurgentenmassen sich um Tirmau versammeln, und daß ein Theil der bei Leopoldstadt vorräthigen k. k. Munition durch Verrath verborben worden sei!

**Kremser, 13. Jan.** Gestern wurde noch der § 2 der Grundrechte in folgender Fassung angenommen: „Die Constitution und das Gesetz bestimmen, unter welchen Bedingungen die österreichische Staatsbürgerschaft erworben, ausgeübt und verloren wird. Die Gesamtheit der Staatsbürger ist das Volk.“ — Der § 3 ist noch nicht zu Ende verlesen. Neuwahl sprach gegen, Sidon und Machalski für die Aufhebung des Adels. Die Sitzung wurde um 1/3 Uhr aufgehoben. — Heute annoncirt Strobach, daß wegen des Abg. Raim eine Vorberatung in den Abtheilungen stattfinden solle; es ist in Betreff der Requisition vom Gerichte. — Sonst ist Nichts von Belang vorgekommen.

**Prag, 16. Jan.** Aus Kremser ging hier die sichere Nachricht ein, daß das Ministerium damit umging, den Reichstags aufzulösen, besonders waren Schwarzenberg und Cordon energisch für die Auflösung, jedoch ihre Absicht scheiterte an dem festen Widerstande des Finanzministers Kraus, der wohl einfaß, daß er dann das Ansehen von 80 Millionen nicht zusammengebracht hätte, und ohne diese 80 Millionen ist es unmöglich die Staatsmaschine im Gange zu erhalten. Aus eben derselben Quelle erfahren wir, daß die festeste Stütze des Ministeriums die Deutschböhmen im Centrum sind. Wunderbar, überall spielen die Böhmen die hervorragende Rolle, auf der Linken, im Centrum und auf der Rechten. — Kurz oder lang wird unsere ganze Monarchie in Belagerungszustand erklärt werden. Wien und Oesterreich, ganz Ungarn, Siebenbürgen, ganz Galizien und Italien sind im Kriegszustand. Bei uns braucht es nur einen kleinen Krawall, und dieser ist bei der herrschenden Aufregung leicht zu erwarten, und wir haben wieder die Leiden und Freuden des Belagerungszustandes. Jedoch in Galizien war es beim Einbruche Bem's eine Nothwendigkeit, militärische Vorkehrungen zu treffen. — Man gibt als gewiß an, daß nach Prag eine ganz magyarische Besatzung kommen werde. — Aus Italien bringt eins von den hiesigen Blättern die von einem Offizier herrührende abenteuerliche Nachricht, daß man Anstalten treffe, Venedig aus der Luft zu bombardiren, nämlich mittelst Luftballons, mit welchen man die Bomben in die Höhe brächte und sie dann auf die Stadt herunterließe (!).

Im Laufe des Monats März soll ein Congress sämtlicher Ober- und Unter-Österreicher in Prag stattfinden, in besserer Centralisation verhandelt werden soll. — Erzherzog Karl Ferdinand ist zur Armee nach Italien abgegangen, und Erzherzog Wilhelm soll demnächst die militärische Leitung in der Provinz Böhmen übernehmen. — Die hiesige Studentenenschaft hat beschloffen, für den serbischen General Suppliacz eine Leichenfeier zu veranstalten, die sehr glänzend ausfallen dürfte.

**Rundmachung.** Von dem k. k. provisorischen Präsidium wird hiermit bekannt gemacht, daß in Gemäßheit des § 48 der provisorischen Verordnung über das Verfahren in Preßsachen die Namen der gewählten Geschwornen am 19. Januar l. J. durch das Los in Reihen von je hundert Namen werden vertheilt werden, und daß hierbei zugleich durch das Los die Ordnung für das ganze Jahr bestimmt werden wird, in welcher diese Reihen monatweise das Geschwornengericht zu bilden haben. Diese Amtshandlung wird am gedachten Tage um 9 Uhr Vormittags im Saale des St. Wendelsbades öffentlich unter Zuzugabe des Publikums vorgenommen werden. Prag, am 10. Januar 1849. Joseph Roskowsky, Präsident des Präsidiums. Johann Flawaczek, k. k. Landrath.

**Von der ungarischen Grenze, 10. Jan.** Die Studenten der königl. Bergakademie zu Schemnitz, die seit einem halben Jahre nach Vertreibung der Deutschen eine völlig magyarische geworden war, haben sich in den letzten Tagen eines grausamen Mordes schuldig gemacht, indem sie den Professor Bachmann, der sich stets zur deutschen Sache hinneigte, deshalb vor der Thüre seines Hauses aufknüpften, eine That, welche das Militärgouvernement blutig bestrafen wird und muß.

**Von der galizischen Grenze, 14. Jan.** General Hammerstein hat, um angeblich dem Ausbruche einer Revolution zuvorzukommen und die Wiederkehr von Greuelthaten — wahrscheinlich dachte er dabei an das verhängnisvolle Jahr 1846 — zu verhindern, ganz Galizien, einschließlich Krakau und die Bukowina, in Belagerungszustand erklärt. Die Rechte der freien Presse, der Association und der Volksbewaffnung werden suspendirt. Militärcommissionen werden in den meisten Kreisen niedergesetzt, und die Zuwiderhandelnden unterliegen theils dem Stand-, theils dem Kriegsrechte. Die Operationen des Generals Bem hatten den Zweck, die Bukowina, Galizien, vermuthlich auch das Königreich Polen zu revolutioniren. Der Rückschlag dieser Unternehmung äußert sich zunächst in obigem strengen Edicte. (C. 3.)

**Berlin, 17. Jan.** Eine kleine Schrift macht hier Aufsehen zunächst schon durch die geheimnißvolle Weise, in der sie in die Hände gesellschaftlich hervorragender Persönlichkeiten gelangte. Vor wenigen Tagen wurde sie von unbekannter Hand hohen Beamten und Mitgliedern des diplomatischen Corps von Paris aus zugesendet. Sie führt den Titel „An die aufgelöste preussische Nationalversammlung. Stimmen aus Paris.“ Eine Pariser Handlung (Marsue et Comp., Quai Voltaire) ist als die Verlegerin bezeichnet. Trotzdem lassen nicht nur der Umstand, daß die Schrift aus einer hiesigen Buchdruckerei hervorgegangen, und daß sie der Frau Bettina v. Arnim gewidmet ist, sondern auch manche Gedanken und Anspielungen mit Sicherheit darauf schließen, daß Ursprung und Ziel dieser an Berlin gerichteten Stimme aus Paris nicht eben weit auseinanderliegen.

Die Schrift, deren Verfasser sich unter der Widmung St. Albin nennt, ist im Wesentlichen eine Schutrede für die polnische Nation, welcher der Verfasser selbst anzugehören sich das Ansehen gibt.

Im Handelsministerium gibt sich eine bedeutende Regsamkeit kund. Durch den Zusammentritt der Deputirten aus dem Handels-, Gewerks- und Gessellenstande werden die für die handelspolitischen und gewerblichen Interessen höchst wichtigen Fragen dergehalt verathen und zu einem Entwurf für die nächste Kammer bearbeitet, daß, wenn die zu erwartenden Nationalvertreter sich mit dem Wohle des Vaterlandes practisch beschäftigen wollen, sie in der That Gelegenheit genug dazu finden werden. Unsere Aufgabe kann es doch nun endlich sein, einen practischen Nutzen unserer freien Institutionen zu erzielen, denn das Frühjahr muß durch rege Geschäftigkeit in allen gewerblichen Klassen den Boden gut bestellt begrüßen, damit wir die Saat zur fruchtbringenden Ernte einstreuen können. Auch über die Beschaffung einer deutschen Flotte werden mit dem Reichsministerium Unterhandlungen gepflogen: binnen Kurzem wird ein preussischer Beauftragter (man nennt den königl. Fabriken-Commissions-Rath Wedding) nach Amerika gehen, um den Ankauf von Segel- und Dampfschiffen zu bewirken. Auch sollen daselbst von preussischer Seite Marineoffiziere engagirt werden, was nach den Mittheilungen aus den Vereinststaaten keine Schwierigkeiten haben wird.

Seit einigen Tagen sprechen Briefe von Pariser Banquiers übereinstimmend die Ansicht aus, daß man sich von der republikanischen Regierungsform immer weiter entferne. Das Vertrauen ist äußerst schwach, der Discout gedrückt, und die Geldinstitute leiden eben so, wie die Banquiers und der übrige Kaufmannsstand.

Gestern arbeitete die Commission der Kaufleute zur Organisation der Handelsgerichte bis Abends 10 Uhr mit dem Handelsminister; heute Morgen wurden die Verhandlungen fortgesetzt, und dem Vernehmen nach werden sie in einigen Tagen schon beendet sein.

Die Abstimmung über das Gagerische Programm hat hier in allen Kreisen, und vornehmlich auch an der Börse, einen höchst günstigen Eindruck gemacht. (D. R.) Der Oberbefehlshaber der deutschen Reichstruppen in den Herzogthümern Schleswig-Holstein, Gen. v. Bonin, ist von Schleswig hier angekommen. (P. St. A.)

**Aus den preussischen Provinzen, im Januar, gehen folgende Wahlberichte ein:** Aus den katholischen Landtheilen, vom Rhein eben sowohl als aus Schlesien, berichtet man einstimmig, daß die katholische Geistlichkeit jetzt eben so entschieden für die Ordnung wirke, wie im Mai für die Revolution. Dieses Wirken ist indessen besonders am Rhein ungemein geräuschlos, es besteht nämlich nur darin, daß die Geistlichen sich unter einander über die zu wählenden Candidaten verständigen und in der letzten Stunde vor der Wahl den Wählern die nöthigen Namen mittheilen. Auf die Majorität für diese Namen rechnen sie nicht, daß die Wähler zur ersten Kammer sich sehr spärlich einfänden. In diesem Augenblicke liegen hierüber Nachrichten aus Magdeburg, Stettin und Köln vor. In Magdeburg haben sich nur 1400 Wähler gemeldet, obgleich daselbst mindestens 2000 Hausbesitzer sind, deren Grundbesitz mehr als 5000 Thlr. werth ist. Da die dortigen Demokraten die Bürger eifrig auffordern, ihr Wahlrecht geltend zu machen, so scheinen auch dort die mit dieser Partei stimmenden Bürger sich vorzugsweise zurückhaltend zu bezeigen. Auch in Stettin und Köln hat sich kaum die Hälfte der mutmaßlich Wahlberechtigten gemeldet. In Pommern erwarten die Demokraten noch „entschiedener“ Wahlen, als im Mai. Gerade die Bauerngutsbesitzer sollen dort sehr liberal sein, während die „kleinen Leute“ zu den Gutsbesitzern halten. Die wohlhabenden Bauern der Weichselniederung dagegen werden als entschiedene Aristokraten bezeichnet und auch Lithauen flößt den Demokraten Mißtrauen ein. In Königsberg und Elbing haben sie dagegen die Mehrheit, Danzig aber gilt für reactionär. — In Posen haben die Polen sich noch immer nicht erklärt, ob sie mit der deutschen Opposition stimmen wollen, oder nicht, so sehr diese sich auch darum bemüht, da sie ohne diese Hilfe in dieser Provinz gar nichts ausrichten würde. Besonders Bromberg wird als eine vollständig reactionäre Stadt geschildert. Der Oberabbinder von Posen soll Aussicht haben, zum Abgeordneten gewählt zu werden.

**Posen, 12. Jan.** Die Generalversammlung der „Liga polska“ ist am 10. d. M. Nachmittags in Kurnitz durch ein feierliches, vom Erzbischof selbst abgehaltenes Hochamt eröffnet worden. Um jeden Conflict zu vermeiden, hat der commandirende General v. Brünneck das dort cantonnirende Truppenbataillon aus der Stadt ausrücken und mit einem anderen, von hier dahin gesandten Corps in die umliegenden Ortschaften für die Dauer der Versammlung einquartieren lassen. Für das rücksichtsvolle und zugleich vorsichtige Verfahren wird Hrn. v. Brünneck allgemeine Anerkennung gezollt.

Der Criminalsenat des königl. Oberlandesgerichts zu Breslau erklärt die Mittheilung der „Berlinerischen Zeitung“: daß eine Untersuchung gegen alle diejenigen, welche für die Durchführung des bekannten letzten Beschlusses der Nationalversammlung thätig gewesen, bis jetzt nur an der Erklärung des Criminalsenats gescheitert sei, daß er in einer Aufforderung zur Steuerverweigerung kein Verbrechen erblicke, für unwahr. Dem Senat habe übrigens zu einer diesfälligen Beschlusnahme noch gar keine Veranlassung vorgelegen.

In Reichenbach ist am 11. Januar der Redacteur des „Wanderer“, Hr. R. v. Denck, plötzlich verhaftet und unter militärischer Escorte nach Schweidnitz gebracht worden. Die Veranlassung zu diesem Verfahren ist noch unbekannt. (Bresl. Z.)

**Dresden, 17. Jan.** Heute Mittag um 1 Uhr wurde im Landhause im Sitzungssaale der zweiten Kammer der sechste sächsische Landtag in solenner Weise durch den König er-

öffnet. Zu beiden Seiten des Thrones standen neben dem Könige die Prinzen Johann und Albert; rechts vom Throne hatten die fünf Minister: von der Pforden, Georgi, Oberländer, von Büttlar und Treitschke (welcher interimistisch für Braun das Justizministerium verwaltet) Platz genommen. Die Mitglieder beider Kammern waren zahlreich versammelt und begrüßten den König bei seinem Eintritt und Austritt mit herkömmlichem Hochruf. Der König verlas mit tonloser Stimme nachstehende Thronrede, an welche sich ein Exposé über die Landtagsvorlagen schloß, welches Hr. von der Pforden den Kammern vortrug. Einige Diplomaten wohnten der Feierlichkeit bei, welche gegen 2 Uhr ihr Ende erreicht hatte.

Thronrede des Königs. Meine Herren Abgeordneten. Obwohl zwischen der Verabschiedung des neuen Wahlgesetzes, auf Grund dessen ich Sie heute mit mir versammelt sehe, und dem Schlusse des vergangenen Jahres nur wenige Wochen innelagen, so ist es doch durch die rasche Förderung des Wahlgeschäftes möglich geworden, in Gemäßheit des § 115 der Verfassungsurkunde die Einberufung des Landtages noch im Laufe der letzten Finanzperiode zu bewerkstelligen und heute denselben mit Ihnen zu eröffnen. Indessen blieb es immer nöthig, wenn nicht ein Stillstand in dem regelmäßigen Gange der Verwaltung eintreten sollte, wegen Forterhebung der zeitweiligen Steuern eine Verordnung zu erlassen, welche Ihnen zur nachträglichen Genehmigung vorgelegt werden wird. Es reihen sich daran der Rechnungsführer auf die Finanzperiode 1843/45, eine vorläufige Uebersicht der Einnahmen und Ausgaben in der Finanzperiode 1846/48, ein Voranschlag der Ausgaben für das Jahr 1849, und ein provisorisches Finanzgesetz auf das ganze Finanzjahr 1849/51 nach des Landtages das Budget auf die ganze Finanzperiode 1849/51 nachfolgen wird. Wenn dieses Verfahren nicht allenthalben dem bei früheren Landtagen beobachteten entspricht, so liegt der Grund lediglich darin, daß es unmöglich ist, schon jetzt den Einfluß zu überblicken, welchen die Umgestaltung der deutschen Verfassung sowohl, als wesentlicher Theile der Verwaltung des Königreiches auf die Einnahmen und Ausgaben der folgenden Jahre üben wird. Der gegenwärtige Landtag fällt in einen wichtigen Abschnitt der deutschen Geschichte. Das Verfassungswerk Deutschlands geht seiner Vollendung entgegen, hoffen wir zum Frommen vernünftiger Freiheit, dauernder Einheit und dadurch möglicher Stärke im Innern wie nach Außen. Wie meine Regierung zur Förderung dieser hohen Zwecke, so viel an ihr ist, beizutragen nicht anstreben wird, so rechne ich auch hierbei, meine Herren Abgeordneten, auf Ihre Unterstützung, wenn es sich um die nach der Verfassungsurkunde den Kammern zustehende Mitwirkung handelt. Was die inneren Reformen anlangt, so wirkt die Trennung der Zustufe von der Verwaltung bereits grundsätzlich ausgesprochen. Zur Durchführung derselben, sowie zur Erzielung größerer Vereinfachung und dadurch erreichbarer Ersparnisse haben Vorarbeiten begonnen, deren Ergebnisse Ihrer Prüfung werden unterstellt werden. Abänderungen des Gewerbe- und Personalsteuergesetzes, wie der das Pensionswesen regelnden Gesetze haben nothwendig big geschienen. Auf die Entwürfe hierüber wird sich Ihre Thätigkeit zu erstrecken haben. Dasselbe gilt von den Vorlagen, welche wegen Beseitigung mehrerer Grundlasten erforderlich sind. Umfangreiche Vorarbeiten sind in vollem Gange wegen Begründung einer selbstständigen Verfassung der evangelischen Kirche, wegen Verbesserung des gesamten Unterrichtswezens, wegen Revision der Gemeindeverfassung. Von den seit dem letzten ordentlichen Landtage mit andern Staaten abgeschlossenen Verträgen wird Ihnen gehörige Kenntniß gegeben werden. Genauere Mittheilung über die zur Vorlage bestimmten Gegenstände wird Ihnen von mir hierzu beauftragte Staatsminister nachher eröffnen. Wie ich das Bewußtsein in mir trage, stets aufrichtig bemüht gewesen zu sein, auf verfassungsmäßigem Wege das Staatsleben in gesundem Entwicklungsgange weiter zu führen, so werde ich dieses Ziel auch fernhin zu verfolgen, so wie ich auch dabei auf Ihre Mitwirkung und glaube, daß durch gegenseitige Verständigung über die wichtigsten Fragen, welche Gegenstand Ihrer Beratung sein werden, den Erwartungen am besten entsprochen werden wird, welche das Land an die gegenwärtigen Kammern zu stellen berechtigt ist. (D. 3.)

**Hannover, 15. Jan.** Bei der so eben beendeten Wahl der seitens der Stadt Hannover in die zweite Kammer zu sendenden beiden Abgeordneten fielen von 64 Stimmen der anwesenden Wahlmänner: 37 auf Rumanu, 32 auf Gödecke, 31 auf Senator Schütz, 4 auf Minister Stüve. Die beiden Ersteren sind demnach in der Majorität geblieben und als gewählt zu betrachten. — Dr. Holscher, welcher als Chef der Bürgerwehr seine Entlassung eingereicht hatte, soll auf dringendes Ansuchen des gesamten Officiercorps eingewilligt haben, das Commando einstweilen ferner zu übernehmen.

**Ösnabrück, 15. Jan.** Bei der heutigen Deputirtenwahl unserer Stadt wurde Stüve gleich in der ersten Abstimmung mit 46 gegen 2 Stimmen zum Deputirten erwählt. Die Wahl eines Erfassmannes fiel auf Breusing, augenblicklich noch unser Abgeordneter in Frankfurt. Man hat durch diese Wahl Breusing's Thätigkeit und das von ihm in Frankfurt beobachtete Verfahren anerkannt und gebilligt und dadurch die vom hiesigen Tageblatt auf ihn gemachten Angriffe thatächlich gemißbilligt.

**Stuttgart, 18. Jan.** Der „Schwäb. Merkur“ meldet, daß in einer Versammlung der Commandanten der hiesigen Bürgerwehr beschlossen wurde, zur Feier der Einführung der deutschen Grundrechte und zu dankbarer Anerkennung der rückhaltslosen Vollziehung derselben durch den König und die Regierung künftigen Sonntag den 21., Vormittags nach der Kirche, eine Musterung der Bürgerwehr zu veranstalten, und Sr. Maj. dem König die Bitte um Abnahme derselben vorzutragen. — Gestern Abend erschien der König zum ersten Male seit längerer Zeit wieder im Thronsaal, wo Se. königl. Majestät von dem sehr zahlreichen Publikum mit stürmischem Jubel begrüßt wurde.

**Mannheim, 15. Jan.** Gestern wurde Florian Mörders verhaftet und durch Gensdarmen nach Weinheim geführt. Er soll, wie man uns berichtet, in einer Rede zum Hochverrath gereizt haben.

**Aus Schleswig-Holstein, 15. Jan.** Der Gedanke einer Sonderconstitution des Herzogthums Schleswig zwischen Holstein und Dänemark findet in den Herzen der Landesbewohner den lebhaftesten Widerspruch: dies gibt sich kund in den Manifestationen, welche sich in Holstein, wie in Süd- und Nord-Schleswig durch circulirende Adressen, die an das Reichsministerium und unmittelbar an die Friedensunterhändler in London abgesandt werden sollen, äußern. Was dieser Entrüstung einen tieferen nationalen Hakt gewährt, ist eine von der als dänisch gesinnt verschrienen Stadt Flensburg gestern nach Frankfurt gesandten, mit einigen Tausend Unterschriften versehenen Adresse, in welcher es ausgesprochen ist: „die Reichsversammlung und das Reichsministerium wolle darauf hinwirken, daß bei einem etwaigen Friedensabschlusse Schles-



wig in seiner Verbindung mit Hosslein als Theil des deutschen Bundesstaats anerkannt werde." Daß man andererseits auf jedwede Eventualität sich vorbereiten für gut findet, zeigt die rastlose Thätigkeit in der Artilleriewerkstätte in Rendsburg, die Befestigung des Kieler Hafens u. s. w.

Der ehemalige dänische Kriegsminister Tscherning hat in einem längeren Artikel in einem Kopenhagener Blatte die schleswigsche Frage zu erörtern versucht, wo er Dänemark kein erfreuliches Prognostikon in dieser Streitsache stellt, und demselben zu „seiner einzigen Rettung“ anrath, sich als „Admiralstaat“ an Deutschland anzuschließen. Die „Dannewirke“ nennt diese Idee „ein Phantasiegebilde des Landesverräterischen Kriegsministers.“ (D. Ref.)

**Schleswig, 12. Jan.** (H. E.) Das vorgesehene verbreitete Gerücht, als sei der König von Dänemark auf Alsen angekommen, hat sich nicht bestätigt. Die geringfügige Cavallerie, welche auf dieser Insel sich befindet, soll dieselbe verlassen haben; dagegen befinden sich sieben Bataillone Infanterie (zu 200 Mann) daselbst, während die übrigen acht zwischen Veile, Kolbing und Friedericia stehen. Daß der Antrag des fanatisirten Pastor Grundt-wig in der dänischen Nationalversammlung auf sofortige Erhebung der Waffen, um Schleswig zu unterwerfen, ein so klägliches Ende erfahren, dürfte eine Folge davon sein, daß Alsen durch das Eis jetzt landfest geworden, mithin von der schleswig-holsteinischen Armee täglich betreten werden kann.

**Kiel, 14. Jan.** Die hier anwesenden Mitglieder der Landesversammlung beschloßen gestern eine sofortige Einberufung derselben, damit sie gegen die angeblich beabsichtigte Constituirung Schleswigs als eines selbstständigen Staates ein entschiedenes Veto einlegen könne. Zugleich wurde in einer Adresse an das Reichsministerium die Unmöglichkeit dargelegt, auf solche Weise den Frieden herbeizuführen.

**Schwerin, 10. Jan.** Die Grundrechte sind heute publicirt. Die Kammer beschloß, „in Veranlassung der kürzlich erfolgten Publication der Grundrechte des deutschen Volks an die Herren Commissarien den Antrag zu richten, daß dieselben die Versammlung schleunigst von den Maßnahmen, welche die großherzogl. Regierungen zur Einführung der gedachten Grundrechte getroffen haben oder zu treffen gedenken, in Kenntniß setzen mögen.“

**Aus dem Großherzogthum Weimar, 18. Jan.** Wie man hört, will unser Ministerium die Höhe der Civil-liste (280,000 Thlr., an welchen der Großherzog für das laufende Jahr 30,000 erlassen) zu einer Cabinetsfrage machen, und entweder den nächsten Landtag auflösen, oder sich zurückziehen, dafern er auf einer Verminderung besteht.

Die Verkündung der Grundrechte hat unser Ministerium mit einer Bekanntmachung begleitet, in welcher es versichert, daß die hierauf zu erlassenden organischen Gesetze eifrigst vorbereitet und mehrere derselben in Gemeinschaft mit den übrigen thüringischen Staaten erlassen werden sollen. Hiernach scheint doch noch eine Art Vereinigung, freilich von geringem Stoffe, zu Stande gekommen. — In Gotha hat der Landtag selbst den von einem Abgeordneten gestellten Antrag auf Vereinigung Thüringens in Gesetzgebung und Verwaltung verworfen. Der Grund davon soll kein anderer sein, als weil man die Hegemonie Weimars wegen seiner doppelten Verwandtschaft mit Preußen fürchtet. — Der lange Streit wegen der Civil-liste des Herzogs von Coburg-Gotha ist nun auch zu Ende, indem derselbe sich mit der Summe von 125,000 Thr. zufrieden erklärte, die ihm auch bewilligt wurde. — In Sonderhausen hat die Regierung ein Wahlgesetz auf der breitesten demokratischen Grundlage proponirt, und in Gotha petitionirt ein großer Theil der Bürgerschaft um Einführung einer demokratischen städtischen Verfassung und will namentlich den Census bei den städtischen Wahlen abgeschafft haben. Hingegen erfährt der Stadtrath in Weimar selbst von Seiten der gemäßigten Constitutionellen bitteren Tadel darüber, daß er noch immer Anstand nimmt, seine Sitzungen öffentlich zu halten. Morgen finden in unserem Großherzogthume die Wahlen zum Landtage statt; sie werden meistens liberal, resp. nachmärzlich-demokratisch ausfallen. — Zum Präsidenten unseres Geschworenengerichtes ist der Regierungsrath v. Gersdorf in Eisenach, ein Mann von beweglichem Geiste und vielfacher Menschen- und Weltkenntniß, ernannt worden.

**Altenburg, 16. Jan.** Heute sind bei uns die „Grundrechte des deutschen Volkes“ als Gesetz publicirt worden, und es ertheilt hierbei in einer Einführungsbekanntmachung das Ministerium die erfreuliche Versicherung, daß es sich eifrigst bemühen werde, seinerseits dahin zu wirken, daß auch die durch das Reichsgesetz vorerst nur in Aussicht gestellten, beziehentlich der Landesgesetzgebung vorbehaltenen Grundrechte den Staatsangehörigen des Herzogthums baldthunlichst zu Theil werden.

**Detmold, 13. Jan.** Heute hat unsere Regierung die Grundrechte des deutschen Volks im Regierungsblatte publicirt. (3. f. Ndb.)

**Gera, 6. Jan.** In der heutigen Versammlung des Bürgervereins ist beschloßen worden, die in seinem Kreise herrschende Ansicht über die Oberhauptsfrage in einer Adresse an die Nationalversammlung in Frankfurt dahin auszusprechen: daß Preußen baldthunlichst an die Spitze der deutschen Staaten gestellt und daß seinem Beherrscher die deutsche Kaiserkrone erblich übertragen werden möchte.

**Sigmaringen, 16. Jan.** In der Mediationsirungsangelegenheit, deren man bald überdrüssig zu werden beginnt, sucht sich das Gerücht von einer preussischen Schutzherrschaft über die hohenzollernschen Fürstenthümer Geltung zu verschaffen; man rüft Petitionen für die Fortdauer der Selbstständigkeit; für einen Erbkaifer aus dem Hause Habsburg zeigen sich in den Landestheilen, welche an das württembergische Oberschwaben grenzen, große Sympathien. (Aehnliches wird uns aus einzelnen Gemeinden Württembergs, so aus Rottenburg, Waldstetten u. berichtet.) (S. M.)

**Lübeck, 13. Jan.** Die Adresse, worin die Ueberzeugung ausgesprochen wird, daß nur unter einem preussischen Oberhaupt die deutsche Einheit erreicht werden könne, ist gestern von einer zahlreich besuchten Bürgerversammlung, mit vielen Unterschriften versehen, durch Acclamation angenommen worden. — Die Grundrechte des deutschen Volks sind zwar bis heute noch nicht publicirt, doch wird, sicherem Vernehmen nach, deren Veröffentlichung zu Anfang nächster Woche erfolgen, so daß die durch das Reichsgesetz vom 27. Sept. v. J. vorgeschriebene 20tägige Frist gewahrt erscheinen wird.

## Galizien.

**Lemberg, 10. Jan.** Die Insurgenten, unter Führung Bem's, sind aus der Bukowina nach einem siegreichen Gefechte wieder nach Siebenbürgen zurückgedrängt. — In Lencut, in Galizien, und in der ganzen Umgegend herrscht allgemein die Furcht, daß die Ungarn, gedrängt vom kaiserlichen Heere, einen Einfall in Galizien machen dürften. Gleiche Besorgniß fällt alle Gemüther in Hinsicht auf unseren nördlichen Nachbar; der Einmarsch der Russen ist seit mehreren Monaten schon als in Aussicht stehend geschildert worden, durch den ungarischen Krieg und für den Fall, daß derselbe sich nach dem Norden werfen würde, fürchtet man um so mehr, daß er zur Wahrheit werden könnte, da aus der ganzen Gegend und selbst aus der Kreisstadt Rzeszow alles Militär hinweggezogen ist. Alles, was Vermögen hat, sucht dasselbe in Sicherheit zu bringen, der Verkehr stockt, denn die Handlungshäuser scheuen sich Waareneinkäufe zu machen und stiften alle Sendungen. (L. J.)

## Italien.

In Neapel war in den ersten Tagen dieses Monats das Gerücht verbreitet: Murat, der Sohn des vormaligen Königs von Neapel, sei in Sicilien gelandet, und von den Sicilianern als König ausgerufen worden; allein Valermianer Blätter bis zum 2. Januar, auf welche sich der Genueser „Corriere mercantile“ vom 9. Jan. bezieht, sagen nichts davon. Eben so bestätigen sie nicht das weitere Gerücht von einem Gefecht zwischen den Sicilianern und den königlichen Truppen bei Milazzo; der Waffenstillstand dauerte vielmehr bis zum 3. Jan. ungebrochen fort, und bis zu diesem Tage war der Regierung Siciliens keine offizielle Mittheilung seitens der vermittelnden Mächte über das Ultimatum zugekommen. Die in Sicilien ausgeschriebene Zwangsanleihe von 500,000 Unzen hatte auf das Doppelte erhöht werden müssen. Das Ministerium, welchem vielfach Unzulänglichkeit vorgeworfen worden, hatte seine Entlassung eingereicht, aber in Folge einer schwachen Volksdemonstration zu seinen Gunsten sie wieder zurückgenommen. Uebrigens deutete die Abreise Filangieri's nach Messina (ohne den russischen Gesandten), sowie der nach Gaeta ergangene Befehl, das dort stehende 9. Linienregiment nach Messina einzuschiffen, auf nahen Wiederausbruch der Feindseligkeiten.

Ueber den Papst und seine Absichten finden sich in den italienischen Blättern mancherlei unverbürgte Gerüchte. Die Florentiner „Alba“ schreibt: „Jeden Tag beschäftigt sich mehr die Möglichkeit (la possibilita), daß der Papst nach Frankreich übersiedle. Das Intriguenanzetteln der Diplomatie in Gaeta ist unermesslich; Rußland übt daselbst bis jetzt den größten Einfluß aus, indem es seine Umtriebe unter der Maske Spaniens macht. Der Papst scheint gleichwohl nicht geneigt zu glauben, daß die italienischen Dinge definitiv von den italienischen Staaten allein geordnet werden können.“ — Die amtliche „Gazzetta Piemontese“, welche Oesterreich gegenüber fortwährend dieselbe „gedämpfte kriegerische“ Sprache redet, wie das Programm des Ministeriums Gioberti, enthält ein königl. Decret d. d. 5. Jan., wodurch die Einberufung der Wahlcollegien vom 15. bis zum 22. Januar, die Verfassung des neuen Parlaments vom 23. Januar bis zum 1. Februar vertagt ist.

## Frankreich.

**K Paris, 16. Jan.** Bei Gelegenheit der Wahlen, welche in den Bureaux der Nationalversammlung behufs der Zusammenfassung einer Commission zur Begutachtung des Rationellen Antrags vorgenommen wurden, hat sich Lamar-tine entschieden für eine Auflösung der Versammlung ausgesprochen. Als Grund für seine Entscheidung führte er an, daß die Versammlung die beiden Hauptbedingungen für das Dasein einer politischen Körperschaft, Unantastbarkeit und Würde, eingebüßt habe: die erste durch den 10. December, an welchem Tage das Land die von der Nationalversammlung unterstützte Candidatur Cavaignac's desavouirt habe, die andere durch den 12. December, da Odilon-Barrot in seiner Antrittsrede zu ihr gesagt, ihre Zeit sei um, ohne daß das Ministerium wegen dieser Aeußerung gestürzt worden wäre. Der Versammlung bliebe jetzt nichts übrig, als entweder gegen das Ministerium zu revoltiren und dasselbe zu stürzen, oder aber sich zurückziehen und an das Land zu appelliren. Die Consequenzen des Einen werde man nicht wollen, man müsse sich darum in das Andere fügen. Ein sehr erfahrener Diplomat, den er in dieser Sache um seine Meinung gefragt, habe ihm, setzte er noch hinzu, folgendermaßen geantwortet: „Veranlassen Sie die Wahlen jetzt, so werden sie unter dem Einflusse einer zuversichtlichen Hoffnung stattfinden. Verschieben Sie sie lange, so werden sie unter dem Einflusse getäuschter Hoffnungen vor sich gehen. Was ist besser für die Republik und für den Präsidenten?“ Er, Lamar-tine, sei der Ansicht, daß die Versammlung hierauf mit ihm antworten werde, es sei besser, wenn die Wahlen unter der Eingebung einer zuversichtlichen Hoffnung stattfänden; eine Ansicht, die er später auf der Tribune noch näher entwickeln werde.

In Betreff der Rüstungen, über welche der „Moniteur“ immer noch ein beharrliches Stillschweigen verfolgt, äußert sich die „Assemblée Nationale“ folgendermaßen: Die französische Regierung befindet sich hinsichtlich ihrer Verhältnisse nach Innen und Außen in einer sehr delikaten Lage. Sie möchte gern auf einem Punkte Italiens landen; aber Rußland hat ihr erklärt, daß eine französische Intervention das Einschreiten eines russischen Armeecorps nach sich zöge.

Nach Innen ist ihre Lage höchst peinlich, weil die rothen Republikaner zu gewaltig schreien würden, wenn man zu Gunsten des Papstes intervenirte. Man kann mit ihnen noch nicht brechen, man braucht sie noch in der Nationalversammlung. In Hinsicht einer Vermittelung zeigt sich Oesterreich hartnäckig, das die unbedingte Wiederherstellung der päpstlichen Macht will. Neapel, Spanien und Portugal wollen einen katholischen Bund schließen, ein Umstand, der auch dazu beiträgt, die Sache zu verwickeln. Bis jetzt steht darum noch nichts fest als die Rüstungen.

Die Commission des hiesigen deutschen demokratischen Vereins erklärt in den heutigen Journalen ihren Beitritt zu der hier bestehenden „Société des Amis de la Pologne démocratique“, deren Vorsitzende der bekannte Havin, Le-rour und andere Deputirte sind.

In der Nationalversammlung stellte Odilon Barrot im Namen der Regierung den Antrag, die Maigefangenen von dem hohen Gerichtshof richten zu lassen. Die Regierung beabsichtigt mithin, die Angeschuldigten den Affsen zu entziehen.

## Spanien.

**J Madrid, 12. Jan.** In der Kammer Sitzung vom 10. äußerte der Finanzminister, Hr. Mon, in Erwiderung auf die Bemerkungen des Senators Collado, in Betreff der Finanzen und ihrer Verwaltung, Folgendes: „Die Regierung weiß sehr wohl, daß ihre Gegner sich darin gefallen, in böswilliger Absicht über den Tarifentwurf, welcher von ihr vorbereitet wird, falsche Gerüchte zu verbreiten. Ich bin jetzt noch nicht in der Lage, über den Entschluß der Regierung in dieser complicirten und schwierigen Frage bestimmte Aufschlüsse zu geben; so viel kann ich indes versichern, daß kein Zweig der spanischen Industrie unter den neuen Reformen zu leiden haben wird. Die Regierung wird im Gegentheil mit der größtmöglichen Sorgfalt alle bestehenden und erworbenen Interessen schützen, überdies wird sie auch eine jede Frage, die sich aufwerfen sollte, mit Zuziehung der gesetzgebenden Körperschaften zu beantworten sich angelegen sein lassen. Das Eine wird man nie außer Acht lassen dürfen, daß die Regierung nicht erman-geln wird, von den großen Ausgaben, welche für den Handel und den Schutz aller Staatsinteressen bereits gemacht oder noch zu machen sind, Rechnung abzulegen.“

## Börsenberichte.

**Frankfurt, 19. Januar.** Die Frage nach Fonds hielt auch an heutiger Börse an, und viele Sorten wurden abermals zu besseren Preisen verhandelt. 5pEt. Metall. bleiben 76 1/2 pEt. G., 2 1/2 pEt. ditto 10 1/2 pEt. G., Wiener Bankactien 1184 fl., 500 fl. Loose anfangs 138 und zu 137 1/2 umgekehrt, schließen 137 1/2 pEt., 250 fl. Loose anfangs sehr begehrt, 81 1/2 pEt. G., wurden am Schluß der Börse durch darin gemachte Verkäufe auf 81 pEt. herabgedrückt. Kurpfälzische 40 Rthlr. Loose gesucht, 26 1/2 pEt. G., Badische 35 fl. Loose 27 1/2 fl. Geld, Badische 50 fl. Loose 49 fl. Geld, Darmstädter 50 fl. Loose 69 1/2 fl., Sardinische Loose 26 fr., Polnische 500 fl. Loose 73 1/2 Rthlr. Alle für deutschen Obligationen in steigender Bewegung; 4 1/2 pEt. Württemberger 93 1/2 pEt., 3 1/2 pEt. ditto 78 1/2 pEt. Geld, Badische 5pEt. Obligationen v. Jahr 1848 96 1/2 pEt. G. Von belgischen Obligationen bleiben 2 1/2 pEt. belg. 42 1/2, 4 1/2 pEt. ditto 79 1/2, 5pEt. do. 86 1/2. Holl. 2 1/2 pEt. Integr. 49 1/2 pEt. G. Von Eisenbahnen Friedrich-Wilhelms-Nordbahn 37 1/2 pEt., Verbach in sehr angenehmer Stimmung 70 3/8 pEt., Köln-Minden 80 1/2 pEt., Hannus gefragt 280 fl. Geld, 3pEt. inländ. Span. wie zu Madrid stellten sich 1 1/2 pEt. höher im Cours 20 1/2 pEt. G.

**Wien, 15. Jan.** 5pEt. Metall. 84 1/2. — 4pEt. 69. — 3pEt. — 2 1/2 pEt. 44 1/2. — Bankactien 1100. — 500 fl. Loose 148 1/2. — 250 fl. Loose 87 1/2. — Nordbahnactien 102 1/2. — Gloggnitzer 99. — Mailänder 66 1/2.

Anfangs flau auf die verbreitete Nachricht des Einfalls der Magyaren in Galizien, schlossen die Course zuletzt fest.

**Berlin, 18. Jan.** Staatsschuldsscheine 79 1/2 bez., Seehand-lungs-Prämien-scheine 98 1/2 e/w. bez., Bankactien 93 1/2 Br. (mit Divid.), Berlin-Hamburg 61 Br., Köln-Minden 78 3/4 bez., Rheinische 52 1/2 bez., Thüringische 50 1/2 bez. u. G., Friedrich-Wilhelms-Nordbahn 37 1/2 a 1/2 bez., 4pEt. Russ. bei Stieglitz 86 u. 86 1/2 bez., Poln. 500 fl. Loose 73 1/2 e/w. bez. u. G., Kurpfälz. 40 Thlr. Loose 25 1/2 bez. u. G., Neue bad. 35 fl. Loose 15 1/2 bez.

Bei sehr mäßigem Geschäft waren die Course der Fonds sowohl als die der Eisenbahnactien größtentheils fest, und von ersteren wurden Russ. 4pEt. Stieglitz, sowie besonders Poln. 500 fl. Obligationen, von letzteren aber einige besser bezahlt, Friedrich-Wilhelms-Nordbahnactien dagegen etwas billiger verkauft.

**Paris, 17. Jan.** Stand der Rente: 5pEt. 75. 45. — 3pEt. 45. 75. — Neue 75. 20. — Neapol. —. — Neue 3pEt. —. — Span. innere Schuld 19 3/8 G. — Passive —. — Bankactien 1700. — Et. Germain-Eisenbahn 310. — Versailles, rechtes Ufer 122. 50. — Linkes 115. — Paris-Orleans 710. — Paris-Rouen 437. 50. — Orleans-Bordeaux 375. — Orleans-Bierzon 251. 25. — Rouen-Havre 240. — Marseille-Avignon 187. 50. — Straßburg-Basel 82. 50. — Nordbahn 388. 75. Paris-Lyon —. Paris-Straßburg 332. 50. — Römische Anlehen 67. 67 1/2.

Obgleich der Umsatz nicht bedeutend war, stellten sich die Course dennoch etwas besser. Nordbahnactien gingen in Folge der Anzeige einer neuen Einzahlung von 25 Fr., welche im nächsten Monat erfolgen soll, zurück.

**Amsterdam, 16. Jan.** 4 Uhr. 2 1/2 pEt. Integr. 49 1/2, 1/16. — 3pEt. Schuld 59 1/8. — 4pEt. 76 1/2. — 5pEt. Ard. 11. — do. unbes. Stille L 510 10 1/8, 11 1/8. — 3pEt. inländ. a 6000 fl. 20, 1/16. — Coupons 7 1/2, 8. — Franz. ausgef. Renten 3 1/8, 1/4. — 4pEt. Port. 28, 27 1/2. — Russ. 4pEt. bei Doye 80 1/8. — ditto bei Stieglitz 80 1/2. — 5pEt. Metall. 73 1/2. — 2 1/2 pEt. do. 39 3/8, 1/8.

Bei unbedeutendem Geschäft waren heute unsre inländ. Fonds etwas fester, Span. steigend; in allen Sorten derselben war der Handel animirt. Von allen übrigen fremden Fonds war allein mehr Nachfrage nach Brasilianer.

**Madrid, 12. Jan.** 3pEt. 19 1/8 P., n. d. B. 19 3/4 Geld. — 5pEt. 9 1/8 G.

**London, 16. Januar.** 3pEt. Stacks 89 1/8 a 3/4. — 5pEt. Span. 15 1/8. — Neue 3pEt. 29 1/4. — 4pEt. Portug. —. — 2 1/2 pEt. Polländ. —.

Verantwortlicher Redacteur: Dr. F. Malten.



Gießen, am 18. Jan. Dessenfalls und briefliche Mittheilungen  
veranlassen mich zu der Erwähnung, daß ich mich als Lehrer der  
Theologie und Philosophie glücklich genug fühle und, wenn ich mich  
auch praktischen Functionen verschiederer Art nicht entziehe, doch noch  
nie im Mindesten daran gedacht habe, irgend-wann oder -wo mit der  
eben so schwierigen als hohen bischöflichen Würde bekleidet werden zu  
wollen.  
[168] Leopold Schmid.

[179] **Bekanntmachung.**  
Bei dieser Fahrpostexpedition befinden sich nachstehend verzeichnete  
beschwerte Briefe und Packete, welche wegen Verweigerung der An-  
nahme Seitens der Adressaten resp. als unbestellbar hierher zurück-  
genommen sind, und deren Absender resp. Eigentümer bisher nicht  
ermittelt werden konnten.

- 1) Ein Brief an Herrn A. Lind zu Armshausen.
- 2) Ein Packet an Herrn W. Müller zu Mainz.
- 3) Ein Packet an Herrn C. May zu Arnsberg.
- 4) Ein Packet an Frau v. Behner zu Pomburg v. d. Höhe.
- 5) Ein Packet an Herrn Ch. Doll zu Cassel.
- 6) Ein Packet an Herrn Rabbiner Geiger zu Breslau.
- 7) Zwei Koffer an Herrn Katzian in Basel.
- 8) Ein Packet an Mademoiselle Maria Hiltbrand in Mainz.
- 9) Ein Brief an Herrn Joseph Ziller in Wien.
- 10) Ein Packet an Frau Weber in Wiesbaden.
- 11) Ein Brief an Herrn Johs. S. Reinbach zu Fulda.
- 12) Ein Brief an Herrn J. Müller in Wiesbaden.

Die Aufgeber resp. Eigentümer dieser Fahrpostsendungen werden  
hiermit aufgefordert, sich innerhalb  
sechs Monaten  
von heute anfangend auf der Fahrpostinspektion dahier über das Ei-  
genthumsrecht gehörig auszuweisen, und die betreffenden Sendungen  
gegen Entrichtung des darauf haftenden Portos und Rückgabe des  
Aufgabescheines in Empfang zu nehmen, widrigenfalls anderweit hier-  
über verfügt werden wird.  
Frankfurt a. M., den 20. Januar 1849.

O b e r - P o s t - A m t.

[154] **Rechnungs-Ablage**  
über die im December 1848 stattgehabte Verloosung zum  
Ankauf von Brennholz für hiesige Arme.

Die Einnahme bestand:  
a) in Erlös von 6051 Loosen à 18 fr. 1815 fl. 18 fr.  
b) in Extra-Geschenken 23 " 42 "  
1839 fl. — fr.

Die Ausgabe bestand in Folgendem.  
Aus den Schiffen erkaufte:  
1183 Gilbert buchen Scheitholz à 9 fl. 17 fr. 1102 fl. 24 fr.  
51 " gespaltenes à 7 fl. 52 fr. 41 " 18 "  
173 " buchen Scheitholz à 10 fl. 2 fr. 178 " 6 "  
Meh-Geld à 16 fr. 37 " 48 "  
Fuhrlohn 122 " 51 "  
für das Perumtragen der Holzstapel 17 " 33 "  
1500 fl. — fr.

Davon erhielten 46 Personen ganze Stücken  
und 475 halbe  
ferner aus dem Magazin 47½ Stücken buchen Scheit-  
holz sammt Fuhrlohn und Meh-Geld à 6 fl. 34 fr. 311 fl. 55 fr.  
Auslagen 26 " 12 "  
1838 fl. 7 fr.

Davon erhielten 25 Personen ganze Stücken  
und 45 halbe  
für den Rest von 53 fr. wurden noch einige Loose ausgetheilt.

Mit dieser Rechnungs-Ablage verbinden wir den schuldigsten Dank  
Allen, welche dies wohlthätige Unternehmen theils durch Ankauf und  
Verbreitung der Loose, theils durch Geschenke unterstützten, so wie  
wir auch dankbar erwähnen müssen, daß die Gesellschaft zur Beför-  
derung nützlicher Künste u. d. d. Local unentgeltlich überließ und meh-  
rere Mitglieder derselben thätige Hüthe leisteten, daß die Herren  
Krebs und Naumann die Loose unentgeltlich aufnahmen, und die  
Herren Heller und Nohm die Listen der gezogenen Loose unentgeltlich  
drucken ließen.

Und wenn auch in diesem Jahr leider viel weniger Loose verkauft

wurden, als in früheren Jahren, so vermochten wir dennoch beinahe  
600 Familien mit Holz zu unterstützen.

Möge das verehrliche Publikum dieser Anstalt ferner das bisherige  
Böhmischen schenken. Schließlich bemerken wir, daß einige Gewinne  
nicht abgeholt wurden, welche gegen Abgabe der Loose in Lit. D  
Nr. 165 täglich Vormittags von 9 bis 10 Uhr abgeholt werden könn-  
en, während die nicht abgeholt in die nächste Verloosung gegeben  
werden.

[156] **Verkauf**  
einer Actie an der Spielbank zu Spa.

Durch Beschluß höchsten Reichstags zu Frankfurt am  
Main sind die öffentlichen Spiele in Deutschland verboten,  
und die jährlichen Verträge über dieselben vom 1. Mai l. J.  
an aufgehoben. Spa bleibt folglich der einzige Badeort in  
Europa, wo die Roulette- und 30- und 40-Spiele auf drei-  
zehn auf einander folgende Jahre privilegiert sind.

Spa ist daher versichert, daß die ganze höhere Gesell-  
schaft seinem bezaubernden Aufenthalt sich zuwenden wird.  
Dieselbe wird angezogen durch die Kraft seiner Heilquellen,  
die Vergnügungen, Bälle, Concerte und Feste aller Art, die,  
in jetziger Zeit, wo die Concurrenz der deutschen Bäder auf-  
hört, nur durch eine Administration von öffentlichen Spielen  
den Touristen dargeboten werden kann.

Welchen Werth die Actien haben, geht daraus hervor, daß  
zu dem Gewinn, welchen sie bis jetzt einbrachten, ein weit  
größerer hinzukommen wird durch jene Menge von Touristen,  
die sonst die Rheingegenden besuchten, künftig aber die schöne  
Jahreszeit in unserer lieblichen Gegend zubringen werden.

Man wendet sich an W. Bernard in Basel (in der  
Schweiz) poste restante. [156]

**4pEt. Galizisch-ständische Pfandbriefe in**  
**Conv-Münze.**

Im Auftrag löblicher Direction der galizisch-stän-  
dischen Credit-Anstalt bringen wir hiermit nachstehendes  
Nummern-Verzeichniß mit dem Bemerkten zur allge-  
meinen Kenntniß, daß die darin erwähnten am 30.  
Juni d. J. zahlbaren Pfandbriefe unter vorheriger  
Abstempelung, nach Eingang baar und ohne Abzug  
zu 6 fl. Ber-Münze für fl. 5 C.-M. auch an unserer  
Cassa eingelöst werden.

Frankfurt a. M., den 8. Jan. 1849.

**Gebrüder Bethmann.**

**N u m m e r n - V e r z e i c h n i s s**  
der in der öffentlichen Sitzung der Direction des ga-  
lizisch-ständischen Credit-Vereins in Lemberg am  
23. Dec. 1848 verloosten Pfandbriefe, welche am  
30. Juni 1849 nach ihrem Nominalwerthe in C.-M.  
baar eingelöst werden:

der Serie II. zu fl. 5000, 2 Stück, Serienzahl 94, 235;  
der Serie III. zu fl. 1000, 35 Stück, Serienzahl 124,  
129, 137, 482, 496, 506, 838, 907, 1431, 1468,  
1604, 1792, 1917, 1949, 2230, 2370, 2399,  
2403, 2499, 2673, 2913, 3436, 3438, 3504,  
3775, 3796, 4303, 4309, 4541, 4651, 4871,  
5348, 5384, 6067, 6228;

der Serie IV. zu fl. 500, 11 Stück, Serienzahl 125,  
164, 277, 338, 357, 694, 721, 995, 1545, 1561,  
1901;

der Serie V. zu fl. 100, 29 Stück, Serienzahl 240,  
671, 775, 916, 1012, 1095, 1277, 1279, 1471,  
1570, 1687, 1700, 1749, 1828, 2104, 2159,  
2304, 2408, 2682, 3226, 3236, 3456, 3806,  
3830, 3849, 3979, 4020, 4238, 4419.

Die Direction des galizisch-ständischen Creditvereins  
fordert die Inhaber obiger Pfandbriefe hiermit auf,  
dieselben bei der Creditcassa in Lemberg oder bei den  
mit dem Vereine in Geschäftsverbindung stehenden  
Handlungshäusern der Herren Wajna u. Comp. in  
Wien, Mich. Kaskel in Dresden, Wendelsohn  
u. Comp. in Berlin, Gebrüder Bethmann in  
Frankfurt a. M. und Franz Anton Wolf in  
Kraukau auslösen zu wollen, weil die Coupons, welche  
über die Verfallzeit eines verloosten Pfandbriefes ein-  
gelöst worden wären, im Sinne des § 11 der Sta-  
tuten von dem baar erliegenden Pfandbrief-Capitale  
in Abzug gebracht werden.

Lemberg am 23. December 1848.

Von der Direction

[104] des galizisch-ständischen Credit-Vereins.

[115] Am heutigen Tage habe ich auf hiesigem Plage unter der  
Firma

**Wilhelm Zilske**

ein Geschäft errichtet, welches sich vorzugsweise mit dem Expedition-  
und Commissions-Handel in Waaren und Produkten und  
dem Bankfache befaßt wird.

Indem ich dies hierdurch zur allgemeinen Kenntniß bringe, bitte  
ich um geneigtes Wohlwollen für mein neues Unternehmen; ich werde  
alles aufbieten, mich durch regsten Fleiß und Energie des in mich  
gesetzten Vertrauens würdig zu zeigen.  
Stettin, 1. Januar 1849.

Wilhelm Zilske.

**Saildorf**

im Jarkreise des Königreichs Württemberg.  
**Antlicher Verkauf des Glas-Fabrik-Etablissements**  
**des Gottlieb Nau.**

In dem freundlichen Rotherthale, einige hundert Schritte von dem  
Städtchen Saildorf entfernt, befindet sich die hiernach beschriebene  
Glasfabrik und Wirthschaft des Gottlieb Nau, ein Etablissement in  
der günstigsten Lage: mitten in Süddeutschland in einer holzreichen  
Gegend, an den Straßen von Stuttgart nach Nürnberg, Ulm nach  
Hall, Alten, Ellwangen, Heilbronn, Gmünd, Schorndorf, Göppingen,  
8 und 10 Stunden von den Eisenbahnen entfernt.

Dieses Anwesen wird am Mittwoch den 7. Februar 1849 früh 9  
Uhr in öffentlichem Aufsteig an den Meistbietenden, in 3 Jahreszies-  
lern zahlbar, auf hiesigem Rathhause verkauft. Anwärter Liebhaber  
mögen sich mit Prädicats- und Vermögenszeugnissen einfinden und  
jeder Käufer hat einen tüchtigen Bürgen zu stellen. Es unterliegt kei-  
nem Zweifel, daß ein mit dem nöthigen Betriebs-Capital ausgerüs-  
ter, umsichtiger, sich dem Geschäft mit Fleiß widmender Mann, mit  
dem Anlauf des Nau'schen Anwesens eine sehr gut rentirende Quelle  
eröffnet. — G. Nau hat seit 1 Monat die Fabrikation aufgegeben,  
aber es sind noch so viele Rohmaterialien vorhanden, daß täglich die  
Glasfabrikation begonnen werden kann, wie denn auch noch ein zahl-  
reiches Arbeiterpersonal mit Sehnsucht darauf wartet.

**Beschreibung des Anwesens.**

Ein großes Wohn- und Wirthschaftsgelände; zwei abgeforderte  
Gebäude je mit einem Glasofen und 8 Arbeitsstätten, Gebäude für  
Laboranten-wohnungen, Gemeinhaus, Brauereigebäude, Scheuer,  
Stallung, Glaschleiferei; mehrere Morgen Holzplatz und Gärten und  
einige Morgen Wiesen, alles in der unmittelbaren Nähe der vor-  
stehenden Gebäude. Das Ganze ist angeschlagen zu 32,000 fl.  
Den 4. Januar 1849.

Stadtschultheißen - Amt.

[105] Kiefer.

## Die Allgemeine Oesterreichische Zeitung

(Hauptredacteur: Ernst v. Schwarzer)

erscheint seit Dienstag den 2. Jänner 1849 wieder täglich zweimal und zwar: Früh ein ganzer und  
Abends ein ganzer Bogen (mit Ausnahme Sonntag Abends und Montag Früh).

Der Pränumerationspreis beträgt, wie bisher, ungeachtet der bedeutenden Erweiterung des  
Blattes, für Wien vierteljährig 4 fl. 30 fr., halbjährig 9 fl., ganzjährig 18 fl. — Tägliche Postversendung  
vierteljährig 5 fl. 30 fr., halbjährig 11 fl., ganzjährig 22 fl. C.-M.

Um die P. Z. Abonnenten, welche bis zum Schluß des Jahres 1848 abonniert waren, für die letz-  
ten Monate November und December 1848 vollkommen zu entschädigen, ist der Pränumerationspreis um  
2 Monate ermäßigt und beträgt daher vierteljährig nur 1 fl. 30 fr., halbjährig 6 fl., ganzjährig 15 fl.  
Für jene Abonnenten, welche das Blatt mit täglicher Postversendung bezogen haben, beträgt der Pränu-  
merationspreis um 2 Monate ermäßigt vierteljährig nur 1 fl. 50 fr., halbjährig 7 fl., ganzjährig  
18 fl. 20 fr. C.-M.

Die auswärtigen Herren Pränumeranten beliben die Pränumerationsbeträge sowohl, wie allenfallsige  
Reclamationen und Beschwerden in unfrankirten Zuschriften an die Expedition der allgemeinen  
öferr. Zeitung in Wien, Stadt, Dorotheergasse Nr. 1108 zu richten. Jedemalige Beifügung  
der deutlich geschriebenen, genauen Adresse mit Angabe der letzten Poststation, sichert den Herren  
Abonnenten die Postexpedition in größter Ordnung.

Die Herren Abonnenten außer den österreichischen Staaten wollen ihre Pränumerationen bei ihren  
betreffenden Postämtern einleiten.  
Wien, im Jänner 1849.

Verlagshandlung: Leopold Sommer,  
Stadt, Dorotheergasse Nr. 1108.

[123]

[161] Ein Mädchen, welches schon mehrere Jahre  
in Läden conditionirte und gute Zeugnisse aufzuwei-  
sen hat, wünscht wieder eine Stelle in einem Laden,  
oder als Stubenmädchen, oder zu einer Dame. Nä-  
heres Schlimmner D 10 1ster Stod.

[88] **Associations-Gesuch.**

In einem Expeditions-Gesellschaft Bayerns wird ein  
thätiger, mit vielen Bekanntschaften, besonders in den  
Rheinlanden und den Niederlanden, versehenen solider  
Mann zur weiteren Ausdehnung mit etwas Fond als  
Affocie gesucht. Frankfurter Offerten besorgt das Com-  
toir von  
Julius Jaffé,  
Allee Nr. 17 in Frankfurt a. M.

[174] **M a s k e n**

en gros, in großer Auswahl, sowie auch Gold- und  
Silbermasken zu sehr billigen Preisen, bei A. J. Etie-  
bel in Frankfurt a. M. NB. Briefe werden franco  
erbeten.

[166] In einer achtbaren hiesigen Familie können  
Anfangs April d. J. einige junge Leute in Pension  
aufgenommen werden, und gleichzeitig gründlichen  
Unterricht in der französischen Sprache, so wie in al-  
len Zweigen der Handelswissenschaften, ertheilt be-  
kommen. Die Conversation kann, je nachdem es ge-  
wünscht wird, französisch oder deutsch geführt werden.  
Eine reichhaltige Bibliothek der besten französischen  
Werke steht zur Verfügung der Pensionäre. Besie,  
gewissenhafte Pflege wird zugesichert. Pension 400 fl.  
bis 450 fl. jährlich; etwaiger Unterricht besonders  
berechnet. Schriftliche frankirte Anfragen unter Nr.  
166 befördert die Expedition.

[159] **Keine Thibet-Kleider** in den schön-  
sten Farben zu 7 fl. bei  
L. B. Schuster, Bleidenstraße Nr. 5.

[177] Frische Schellfische und Cablian bei  
Carl Wigand,  
Markt 27.

[170] Einer Puzmacherin können wir eine sehr gute  
Stelle in einer angenehmen Stadt in Baden offeriren.  
Nur mit den besten Zeugnissen Versichene wollen sich  
melden bei  
Wilhelm Knoblauch & Sohn.

[158] **Farbige Herrenhemden** nach der neuesten  
Façon gearbeitet zu 2 fl. 15 fr., keine Fieseler  
Leinwand das Stück von 64 Ellen für ein Dugend  
Hemden von 25 fl. bis zu 60 fl., weiße Leinene Tasche-  
tücher zu 3 fl., 3 fl. 30 fr. und 4 fl. das Dugend bei  
L. B. Schuster, Bleidenstraße Nr. 5.

[167] Ein Frauenzimmer von guter Familie, die bis-  
her Erzieherin in einem adeligen Hause war, sucht  
wegen eingetretener Todesfall eine andere Stelle.  
Nähere Nachfrage unter den Buchstaben C. S. bei  
der Exped. d. Bl.

[180] Am 16. Januar starb unser guter Vater und  
Schwiegervater, Herr Johann Gotlob Bohr, zu  
Eisenach, nach eben vollendetem 71. Lebensjahre, was  
wir Verwandten und Freunden des Verstorbenen hier-  
durch anzeigen.

Die Hinterbliebenen.

**Gerichtliche Bekanntmachungen.**

[108] Der Schneider Valentin Hanisch von Ker-  
bersdorf, später in Rödelheim wohnhaft, hat nach  
gerichtlicher Hypothek vom 12. Januar 1826 dem  
Johannes Ballhaus und dessen Frau Barbara geb.  
Will von hier, später in Romsthal wohnhaft, 350 fl.  
geliehen und diese haben denselben acht in hiesiger  
Gemarkung liegende Grundstücke verpfändet.

Es ist durch eine Erklärung des Valentin Hanisch  
vom 23. Februar 1827 ausgesprochen worden, daß  
das Capital abgetragen und die Hypothekslitunde  
von ihm vernichtet und nicht beizubringen sei.  
Es geht zur Lösung des Pfandrechts gefordert wird,  
ergibt auf Antrag die öffentliche Aufforderung:  
„etwaige Ansprüche aus der bezeichneten Urkunde  
„und hierauf zu gründende Einreden gegen die  
„Lösung des Pfandrechts alsbald und längstens

„bis zum 7. Februar l. J. dahier vorzubringen,  
„gegenfalls aber zu erwarten, daß deren Aus-  
„schluß erkannt, die Hypothek als vernichtet an-  
„gesehen und die Lösung des Pfandrechts be-  
„wirkt werde.“  
Salmünster, am 5. Januar 1849.  
Kurfürstl. Hess. Justizamt.  
Adt.  
Simon.

[3009] **Edictalladung.**  
Nachdem der Ademann und Mehger Heinrich  
Geisler von Schweinsberg angezeigt hat, daß er  
sich dormalen außer Stande befände, seine Gläubiger  
zu befriedigen, so ist Termin zur summarischen Schul-  
denliquidation und zum Güterverkauf wie auch zur  
Bestimmung des Concurs-Curators auf den  
25. Januar 1849, Morgens 9 Uhr,  
angelegt worden.

In diesem Termine haben die Gläubiger ihre For-  
derungen summarisch, jedoch wo möglich unter Vor-  
lage der desfallsigen Beweisurkunden in Person  
doch durch gehörig legitimirte Bevollmächtigte anzu-  
geben, widrigenfalls die bekannten Gläubiger als  
dem Beschluß der Mehrzahl der Erscheinenden be-  
treffend angesehen werden, die unbekannten aber un-  
berücksichtigt bleiben sollen.  
Kirchheim, am 22. December 1848.  
Kurfürstl. Hess. Justiz-Amt.  
Stein.  
vdt. Frisen.

[99] **Edictalladung**  
den Concurs des Wittw. Peter Thies 2.  
von Schwidershausen betr.

Nachdem über das Vermögen des Wittw. Peter  
Thies 2. von Schwidershausen rechtskräftig der Con-  
curs erkannt worden ist, so wird Termin zur Anmel-  
dung dinglicher oder persönlicher Ansprüche auf  
Mittwoch den 7. Febr. l. J., Morgens 10 Uhr,  
anderaumt bei Vermeidung des Ausschlusses von der  
vorhandenen Masse.  
Johann, den 24. December 1848.  
Herzogtl. Nass. Amt.  
Meßler.

(Nebst Conversationsblatt und Beilage.)